

Dresdner Volkszeitung

Vollständiger Bericht
Aben & Komp., Nr. 2061A.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:
Gebr. Krugold, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Ergrößen monatlich 3.00 M. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 8.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26281.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Inseratpreise: die 7-spaltige Werbendezeile 60 Pf., darauf 40 Prozent
Zerlegungsaufschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 80 Pf. (ohne Aufschlag).
Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Veröffentlichung zur Aufnahme an
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefbriefbelegung 20 Pf.

Nr. 185.

Dresden, Mittwoch den 13. August 1919.

30. Jahrg.

Sachsens Ernährungsfrage.

Verhandlungen mit sächsischen Städten.

In einer Besprechung unter Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten haben Vertreter des Stadtrats Chemnitz und des Kommunalverbandes Pilsna vorgetragen, daß die Bevölkerung dieser Kommunalverbände die Ernährung nicht als ausreichend ansehe und um Teil auch des Vorrats erbe, daß von den Behörden nicht alle erforderliche für die Ernährung der Bevölkerung getan werde.

Darauf ist zu erwidern: Die Volksernährung ist jetzt noch in ihren wesentlichen Teilen auf den Verbrauch bewirtschafteter Rohstoffe angewiesen. Diese werden von den Landesbehörden vollständig gleichmäßig auf die gesamte sächsische Bevölkerung verteilt, so daß die Bewohner der Stadt Chemnitz und des Kommunalverbandes Pilsna in keiner Weise benachteiligt werden sind. Wie die Landesbehörden kein Interesse daran haben können, einzelne Gegenden oder Bevölkerungsklassen in der Versorgung schlechter zu stellen, so können sie andererseits zu ihrem Bedauern auch nicht den Wünschen einzelner Gemeinden oder einzelner Klassen innerhalb dieser nach Sonderbewilligungen entsprechen. Eine derartige Bevorzugung würde zu einer ungerechten Verteilung der vorhandenen Lebensmittel führen, die verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen würde. Die Regierung ist nach wie vor eifrig bemüht, die Volksernährung so reichlich und billig wie möglich zu gestalten. Die Ernährung ist gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert: Im Sommer 1918 1/4 Pfund Brot, jetzt 3 Pfund wochentlich. Weitere Erhöhungen der Rationen wird von den Landesbehörden erwartet. Die Herabsetzung der Rationierung steht bis den 1. Oktober zu erwarten. Die Versorgung mit Kartoffeln neuer Ernte hat eingeleitet; es wird sich von Woche zu Woche bessern. Die Fettvorsorge ist ebenfalls in den letzten Wochen etwas gebessert worden. Die Versorgung der Städte in Elsaß und Lothringen wird für die nächste Zeit in Höhe von 50 Gramm wochentlich festgesetzt. Ebenso kann mit der Herabsetzung der Rationen in amerikanischen Schweinefleisch bis auf weiteres gerechnet werden.

Unabhängige Rohstoffe sind in den letzten Monaten weit reichlicher als früher aufgefunden worden. Die Verteilung ausländischer Rohstoffe (Kaffeebohnen, Reis) hat ebenfalls verbessert. Dabei sind die ausländischen Rohstoffe unter dem erheblichen Kostenanstieg von 1/4 Milliarden Mark von Reich, Staat und Gemeinden verteilt worden, als dies mit der trüben Finanzlage zur Zeit vereinbar ist.

Die Ernährungsfrage hat nach alledem gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Verbesserung erfahren. Weitere Verbesserungen sind möglich, wenn das Wirtschaftliche ungehindert seinen gütlichen Gang nehmen darf und durch ununterbrochene Arbeit Werte geschaffen werden, die die Zufuhr und Bezahung ausländischer Rohstoffe ermöglichen.

Das streikende Schlessen.

Im Laufe des Dienstags ist eine Anzahl neuer Straßen in den Kussand getreten, so daß es sich jetzt um mehr als 60 Prozent des gesamten Verkehrs handelt. Verhandlungen sind bereits eingeleitet. Die Streikliste der großen Werke ist im allgemeinen gering. Das Streikgebiet hat sich im ober-schlesischen Gebirgsgebiet eingetroffen.

Von kommunistischer Seite wird versucht, die ober-schlesischen Arbeiter- und Militäranführer in den Generalstreik zu ziehen. Es ist festgestellt worden, daß kommunistische agitatorischen aus andern Gegenden Deutschlands, insbesondere aus dem Rheinland und Westfalen und dem mittelschlesischen Industriegebiet, in Oberschlesien auf einen Generalstreik hinwirken. Auf insgesamt etwa 30 Straßen ruht die Arbeit vollständig. Die Führer der Arbeiterbewegung versuchen auf jeden Fall die Erfüllung der Forderungen zu erzwingen. Auch die ober-schlesischen Gasthausangestellten sind in eine Lohnbewegung eingetreten und drohen mit dem Streik, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

Auch im mittelschlesischen Industriegebiet besteht eine merkliche Gärung. Wegen schlechter Versorgung von Lebensmitteln beabsichtigen die Waldenburger Bergarbeiter, in den Generalstreik einzutreten. Sie drohen ferner mit der Sperrung sämtlicher Kohlenzufuhren an diejenigen Landkreise, von denen sie ansehnlich zu gering mit Lebensmitteln, insbesondere mit Vieh, versorgt werden. Es finden zur Zeit lebhaftere Verhandlungen statt. Es finden zur Zeit lebhaftere Verhandlungen statt. Aber auch die schlesischen Landarbeiter sind mit Forderungen und Streikandrohung hervorgetreten. Oberpräsident Philipp hat sich in einem Aufruf an die Landwirte gewandt und ihnen den sofortigen Beschluß von Tarifverträgen mit den Landarbeitern dringend empfohlen. Auch weist er darauf hin, daß alle landwirtschaftlichen Arbeiter als Selbstversorger anerkannt sind.

Die Hauptpapierfabriken in Oberschlesien, Siegenbüchel und Krappitz, haben ihren Betrieb wegen Rohstoffmangels und Transportbehinderungen völlig eingestellt.

Auch die Arbeitslosen streiken.

Infolge von Arbeitslosigkeit über neue Arbeitsmöglichkeiten sind in Bräunchen zu einem Streik der Arbeitslosen gekommen. Die organisierte Arbeiterschaft soll aufgefordert werden, gleichfalls in den Streik einzutreten. Die Arbeitslosen wurden aufgefordert, keine Arbeit in Belgien und Frankreich anzunehmen, selbst wenn man ihnen einen Tagelohn von 40 M. und freie Verpflegung gewähren wolle. Auch die Arbeit auf dem Lande sei zu verweigern. Im Anschluß an die Verhandlung zog trotz dem Belagerungsstande und Umzugsverbot eine Gruppe von etwa 1000 Personen durch die Straßen zum Markt und verhöhrte die Angehörigen der hiesigen Regierungstruppen. Das Militär schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Lösen gekommen. Die organisierte Arbeiterschaft soll aufgefordert werden, gleichfalls in den Streik einzutreten. Die Arbeitslosen wurden aufgefordert, keine Arbeit in Belgien und Frankreich anzunehmen, selbst wenn man ihnen einen Tagelohn von 40 M. und freie Verpflegung gewähren wolle. Auch die Arbeit auf dem Lande sei zu verweigern. Im Anschluß an die Verhandlung zog trotz dem Belagerungsstande und Umzugsverbot eine Gruppe von etwa 1000 Personen durch die Straßen zum Markt und verhöhrte die Angehörigen der hiesigen Regierungstruppen. Das Militär schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Keine Klärung in Hamburg.

Nach Mitteilung der Streikleitung hat auch der Dienstag eine Klärung des Bankbeamtenstreiks nicht gebracht. Nachmittags waren Vertreter der Streikleitung zum Demobilisierungskommisariat geladen. Auch in Sachsen ruht sich die Lage zu. Die Berliner Bankangehörigen werden morgen in zwei Versammlungen zu dem Hamburger Zustand und der Haltung der Berliner Bankangehörigen Stellung nehmen. Ein Mitglied des Reichsministeriums wird sich als Verklärungskommisariat nach Hamburg begeben, um in der Bankbeamtenbewegung neue Verhandlungen einzuleiten. Wie verschiedene Blätter berichten, hofft man in Bankbeamtenkreisen, daß die Bankleitungen zu weiteren Zugeständnissen bereit sein werden, damit ein Uebergreifen der Bewegung auf Berlin und das Reich vermieden werde.

Ende des Ausstandes der Kaiserarbeiter.

In der dritten Reichskonferenz der Kaiserarbeiter Deutschlands, die von der Verhandlungskommission und dem Reichs-Bergarbeiterrat für den 11. August nach dem Volkspark in Halle einberufen war, wurde nach stürmischen Auseinandersetzungen in geheimer Abstimmung der Abbruch des Generalstreiks beschlossen. Genio hoben auch die dort anwesenden Braunkohlenarbeiter es abgelehnt, in einen Sympathiestreik einzutreten.

Das Ende der Kriegsgefangenenflüge.

Am Dienstag entfiel sich in der Nationalversammlung ein reinigendes Gewitter. Schon seit längerer Zeit wurden in den reaktionären Blättern, die die Pressefreiheit in eine Unwissenheit umbrüggen. Briefe von Kriegsgefangenen, namentlich aus englischer und amerikanischer Kriegsgefangenschaft, berückten in den bitteren Anklagen gegen die Revolutionsregierung des Jubels erhoben wurden, diese sollte die Heimkehr der Kriegsgefangenen möglichst lange hinausziehen und unterliehe deshalb die Auslieferung von Transportschiffen, um sie abzuholen. Natürlicher mühte auch Erzberger wieder einmal verhalten. So wie die Frage der Unabhängigkeit von Moske lebt, so lebt die konterrevolutionäre Propaganda gegenwärtig von der Frage gegen Erzberger. Wir sind gewiß keine Freunde von Erzberger und haben keine Veranlassung, für seine Vergangenheit Bürgschaft zu übernehmen; aber er ist ja schon lange aus einem Saulus zu einem Paulus geworden, und über einzelnen Lasterlichkeiten, falschen Propaganda usw. soll man doch nicht das vergessen, was er Positives geleistet hat. Und dann: das, was der Reaktion im tiefsten Grunde ihres Herzens den Anlaß zur Erzbergerche gibt, das verdrängen wir auf das Kreditkonto zugunsten des Reichsfinanzministers.

Natürlich laub sich auch in Weimar ein Sprachrohr für die schamlosen Verächtlichen. Man wagte allerdings nicht, offen vorzugehen, sondern wählte das harmlose Gewand einer kleinen Anfrage, die dem Ansehen nach eben nur eine Frage nach dem Tatsächlichen ist. Der Deutschnationale Herr von Brügel stellte die perfide und inquisitorische Frage, welche Vorbereitungen zum Heimtransport getroffen und welche diplomatischen Schritte unternommen worden seien, um einer weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu bereiten. Wäre die Rechte Erzberger sein gutgenährtes lächelndes Vollmondgesicht vor, so kann sie in der Willage des Herrn von Brügel mit einer suffizienten Arroganz aufwarten. Die Antwort des Reichsministers des Innern Müller ging mit vollem Recht weit über den üblichen Rahmen hinaus. Braucht man es überhaupt festzustellen, daß die Regierung selbstverständlich unwillig um die Heimkehr der Kriegsgefangenen bemüht war und ist? Der Herr Minister führte weiter aus, daß die Heimkehr erst nach Ratifikation des Friedensvertrages möglich sei, und daß die zur Ratifikation notwendigen Unterzeichnungen von dreien der Entente-regierungen noch nicht abgegeben worden seien. Um alle Hinterlären zu weiteren Verleumdungen zu verbanen, gab der Minister eine eingehende Darstellung der einzelnen diplomatischen Schritte, die Deutschland unternommen worden seien. Er gab offen zu, daß der Regierung kein andres Mittel gegen die Verzögerung der Heimkehr zur Verfügung siehe als der Protest, von dem sie reichlich Gebrauch gemacht habe. Schließlich brandmarkte er unter dem lebhaften Beifall der Wehrheitsparteien mit kräftigen Worten die schamlose politische Ausbeutung der Weiden unfrüher armen Gefangenen zu Angriffen gegen die Regierung.

Die Liebe sah. In einer Ergänzung zu seiner Anfrage wurde Herr v. Brügel den Darmlosen.

Das Steuerreue.

Die Nationalversammlung in Weimar berät mit Dringlichkeit die neuen großen Steuergeetze, die dazu bestimmt sind, das beinahe unfaßbar große Defizit der öffentlichen Kassen zwar nicht zu beseitigen, aber doch merklich herabzumindern. Die Notwendigkeit, dem Reich neue gewaltige Einnahmequellen zu öffnen, ist eine Tatsache, die sich jedem von selbst aufdrängt. Bekommt das Reich keine neuen Einnahmen, das heißt geling es ihm nicht, einen Teil der ungeheuren Papiergeldflut, die durch das Land flutet, wieder in die öffentlichen Kassen zurückzuführen, so vermehren sich ganz von selbst die Massen der ungedeckten Reichsschulden, vermehrt sich die Menge des in Umlauf gebrachten Papiergeldes, und das bedeutet weiteres Sinken des Geldwertes, weiteres Steigen aller Warenpreise, weiteres Sinken des Reallohns, das heißt des in Verbrauchsgütern ausdrückbaren wirklichen Wertes des Arbeitslohns. So oder so, wir können uns auf keine Weise dem Zwang erweichen, die notwendigen Ausgaben des Reiches, Staates und der Gemeinde zu bezahlen, der geringste Weg des Steuerzahlens ist aber schließlich rationaler und immer noch billiger als der ungeringste der dauernden Geldentwertung.

Es ist für uns Sozialdemokraten selbstverständlich, daß für die Steuern in erster Linie das große Vermögen und das große Einkommen aufzukommen hat. Wir dürfen uns aber nicht der Erkenntnis verschließen, daß selbst die Konfiskation aller großen Vermögen und die Vermögensbesteuerung aller Einkommen auf die Höhe des Arbeitereinkommens zur Deckung der öffentlichen Bedürfnisse nicht ausreichen würden. Die utopistische Idee, man könne einfach auf dem Wege der Steuererhebung die kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische verwandeln, ist seit Marx von allen wissenschaftlich denkenden Sozialisten mit Recht abgelehnt worden. Die Steuererhebung kann nichts anderes sein als ein Teil jenes großen Umwandlungsprozesses, in dem sich die kapitalistische Gesellschaft zu einer sozialistischen umformt; der Versuch, durch ein mechanisches Anlegen der Steuerstrahl auf diesen Prozeß zur Wirkkraft zu bringen, müßte zu einer völligen Zerstörung des Wirtschaftslbens führen.

Darum gab es für die Steuererhebung gar keinen andern Weg als den, den Volk hat zu dem Maße heran-zuziehen, als dies ohne Verletzung des Wirtschaftslbens möglich ist, den übrig bleibenden Betrag aber, der aufgebracht werden muß, aus indirekten Steuern herauszubolen. Darüber ist die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung mit den bürgerlichen Parteien einig; worüber aber Meinungsverschiedenheiten bestehen, das ist der Grad, bis zu dem eine Besteuerung des Vermögens möglich ist. Hier liegen die bürgerlichen Parteien, ihrem überkommenen Klassenstandpunkt entsprechend, Befürchtungen, die die Sozialdemokratie nicht teilt. Und daraus erklärt sich das Bestreben der sozialdemokratischen Fraktion, zunächst einmal Klarheit über die Höhe der Vermögenszuvermögen zu gewinnen, bevor sie ihre Stellung zu den Verbrauchssteuern endgültig festlegt.

Mit Recht konnte Genosse Lübe sagen, daß die Laitsch unter Fraktion nicht von einem Mißtrauen gegen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, sondern von einem „kleinen Mißtrauen“ gegen die bürgerlichen Parteien bittet ist. Wenn die sozialdemokratische Fraktion auf eine vorherige Verabredung der Reichsteuern drängt, um ihre unwillkürlich unentschiedene Stellung zu den Verbrauchssteuern als Druckmittel gegenüber den bürgerlichen Parteien in der Hand zu behalten, so ist das ein Standpunkt, der in den weitesten Kreisen verständnis finden wird. Nur hätte es dann freilich nicht passieren dürfen, daß infolge mancherlei Verweigerung der Raten, entgegen den sozialdemokratischen Wünschen, die Umlagesteuer schon auf die Tagesordnung vom Dienstag gelegt werden konnte.

Indes ist durch diese Verdrückung der Reihenfolge für die Sozialdemokratie noch nicht die Notwendigkeit entstanden, sich vor Verabredung der Verbrauchssteuern über die Verbrauchssteuern endgültig zu entscheiden. Sie kann und wird hierüber weiter dafür wirken, daß aus den großen Vermögen und Einkommen herausgeholt wird, was herausgeholt werden kann, dann aber wird sie sich der Notwendigkeit, auch indirekte Steuern zu bewilligen, nicht verschließen können. Sie kann es nicht machen wie die Unabhängigen, die erst auf die Unterzeichnung des Friedensvertrags drängen, erst aber dem Reich die Mittel herweigeren, die es zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen braucht. Unter der neuen Steuererhebung des Reichs steht ein unerträglich hohes Nuss. Die Steuern, die wir erheben müssen, können ein wenig besser oder schlechter ausfallen, das Schlimmste aber für Reich und Volk wäre das Verlangen des Steuerparates, denn das wäre das wirtschaftliche Chaos.